



LANDKREIS LÜNEBURG

Integration und Teilhabe im Landkreis Lüneburg

Fortschreibung des Handlungskonzeptes

Vorgelegt von

Karin Kuntze

Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe

Stand Juni 2022

Inhaltsangabe

Ausgangssituation	Seite 3
Vision	Seite 3
Mission	Seite 3
Leitlinien für eine gelingende Integration	Seite 4
Strategie	Seite 4
Leitziele	Seite 4
Rahmenbedingungen	Seite 5
Handlungsfelder	Seite 7
Ziele - Übersicht	Seite 8
1. Ziel Transparenz schaffen	Seite 9
2. Ziel Strukturen schaffen	Seite 12
3. Empowerment und Teilhabe fördern	Seite 13
4. Interkulturelle Sensibilisierung/Öffentlichkeitsarbeit	Seite 14
5. Vernetzen und Netzwerk initiieren und begleiten	Seite 15
6. Wirkungen evaluieren und Ziele und Vorgehensweisen anpassen	Seite 16

Ausgangssituation

Lüneburg ist eine Zuzugsregion

Der Landkreis Lüneburg ist mit seinen Städten, Gemeinden und Dörfern Lebensmittelpunkt für mehr als 180.000 Einwohner.

Er gehört zur Metropolregion Hamburg – eine der erfolgreichsten Wirtschaftsregionen Europas.

Der Landkreis Lüneburg zählt zu den stark wachsenden Landkreisen Niedersachsens.

Politik und Verwaltung des Landkreises Lüneburg begrüßen Zuwanderung als Chance zur Zukunftssicherung.

Ziel von Politik und Verwaltung im Landkreis Lüneburg ist es, für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger einzutreten sowie inklusive Strukturen für Zugehörigkeit zu schaffen.

Dazu gehört auch, dass sich Politik und Verwaltung des Landkreises Lüneburg Rassismus, Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung aktiv entgegenstellen.

Vision

Integration für eine zukunftsfähige Region der Chancengerechtigkeit und Vielfalt

Der Landkreis Lüneburg beteiligt sich auf unterschiedlichen Ebenen und mit vielfältigen Maßnahmen aktiv an der Umsetzung der in den UN-Nachhaltigkeitszielen verankerten Vision, eine friedliche, gerechte, sozial inklusive Welt zu verwirklichen.

Integration findet an vielen Orten statt. So unterschiedlich die Ausgangsbedingungen von Zugewanderten sind, sollen den zugewanderten Menschen vielfältige Wege offen stehen, um Teil der hiesigen Gesellschaft zu werden und um sich eine gute und sichere Zukunftsperspektive aufzubauen zu können.

Mission

Integration vor Ort gemeinsam gestalten

Der Landkreis Lüneburg hat sich zum Ziel gesetzt, sich innerhalb dieser Dekade zu einem inklusiven Ort weiterzuentwickeln und allen hier beheimateten Menschen chancengerechte Teilhabe zu ermöglichen.

Auf diese Weise soll eine Kultur der Anerkennung von Vielfalt sowie das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und die Identifikation mit der Region gestärkt werden.

Dazu setzen Politik und Verwaltung, Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Akteure die im Integrations- und Teilhabekonzept definierten Maßnahmen um, die darauf gerichtet sind, inklusive, der Diversität der Gesellschaft angemessene Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen.

Ein Integrationsmanagement, das der aktuellen Situation angemessen ist, eine wertschätzende Haltung und die interkulturelle Öffnung der Kreisverwaltung sind darauf gerichtet, das Zusammenleben zu verbessern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Region zu festigen.

Leitlinien für gelingende Integration im Landkreis Lüneburg

Da es bisher noch keine eindeutige Begriffsklärung für den Begriff INTEGRATION im Landkreis Lüneburg gibt, die als Definition in das Konzept eingebracht werden kann, orientiert sich der Landkreis Lüneburg an den „Leitlinien für gelingende Integration“, die unter Beteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie Vertreter:innen der politischen Gremien und Akteur:innen aus für die Integration relevanten Organisationen und Institutionen entwickelt wurden. Sie liegen der Integrationsarbeit des Landkreises Lüneburg seit 2015 zugrunde.

- selbstbestimmte Teilhabe von Zugewanderten ermutigen und fördern
- Zugänge in die Gesellschaft ermöglichen
- ein Bewusstsein für Gleichbehandlung und Chancengerechtigkeit vor dem Hintergrund von zunehmender gesellschaftlicher Diversität stärken
- Diskriminierung und Rassismus sowohl präventiv als auch reaktiv wirksam begegnen
- Kommunikation und Transparenz zwischen allen betroffenen und beteiligten Menschen und Institutionen, Organisationen, Vereinen und Initiativen herstellen
- Ressourcen für Gemeinschaftsvorhaben einwerben
- „Dritte Orte der Begegnung“ schaffen, um durch positive Erfahrungen im Umgang miteinander ein positives und motivierendes Klima für ein „Zusammen in Vielfalt“ zu gestalten
- neue Netzwerke aufbauen und bestehende bedarfsorientiert weiterentwickeln, um Ressourcen effektiver zu nutzen und Synergien zu fördern
- Öffentlichkeit/aufnehmende Gesellschaft im Rahmen einer interkulturellen Öffnung einbeziehen
- ziviles Engagement ermöglichen und fördern

Strategie

In Bezug auf den Wirkungsbereich des Landkreises wird ein „flexibler Rahmen“ definiert, der eine auf Inklusion gerichtete Haltung abbildet und sich den sich ständig ändernden Rahmenbedingungen anpassen kann, die von der Politik auf Bundes- und Landesebene vorgegeben werden.

Leitziele

- Transparenz schaffen
- (neue) Strukturen schaffen, bestehende optimieren
- Empowerment und Teilhabe fördern
- Wirkung evaluieren und Ziele und Maßnahmen anpassen

Rahmenbedingungen

Alle Kommunen des Landkreises arbeiten eigenverantwortlich. Insbesondere die Hansestadt Lüneburg genießt als Oberzentrum einen Sonderstatus. Daher wurde auch bereits in 2019 ein eigenes Integrationskonzept durch die Hansestadt erarbeitet. Das Integrationskonzept der Hansestadt steht als ein Beispiel für die Eigenständigkeit der Kommunen in Bezug auf die Ausrichtung ihrer Integrationsarbeit. Das Integrations- und Teilhabekonzept des Landkreises hat nicht zum Ziel, das von der Hansestadt Lüneburg bereits in 2019 vorgelegte Integrationskonzept fortzuschreiben, sondern einen eigenen, flexibel anpassbaren Handlungsrahmen für den Landkreis zu definieren.

Die Kommunen sind sehr unterschiedlich an Integration beteiligt und von Zuwanderung betroffen. Sowohl die in den Kommunen bestehende Infrastruktur (Bildungseinrichtungen, Anbindung an den ÖPNV, soziale Einrichtungen, Vereine, Wirtschaftsbetriebe) als auch die Aufnahmekapazität durch bereitstehenden Wohnraum unterscheiden sich stark und wirken sich auf die konkrete Zusammensetzung der aufgenommenen Menschen aus: An einigen Orten werden bevorzugt Familien aufgenommen, andernorts bieten sich bessere Aufnahmemöglichkeiten für Einzelne. Manchmal werden bevorzugt Menschen gleicher Nationalität aufgenommen oder ziehen selbst zu, weil sie dadurch schnell Anschluss an bereits etablierte Communities finden können.

Die Herausforderungen verändern sich ständig und werden durch aktuelle Ereignisse bestimmt, zuletzt in besonderem Maße durch die Pandemie, durch den Klimawandel und durch den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und seine weitreichenden Folgen, z.B. durch Hungerkrisen oder Verschiebungen politischer Macht, die sich nicht nur im Moment, sondern auch mittel- und langfristig auf Migration und Aufnahmebereitschaft auswirken werden. Aber auch das Älterwerden von Menschen aus der ersten und zweiten Zuwanderungsgeneration hat direkten Einfluss auf die Ausgestaltung eines inklusiven Lebensumfeldes.

Die politischen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Prioritäten verändern sich ständig. Insbesondere finanzielle Einschränkungen im Bereich Migrationsberatung und Integrationsmanagement nehmen zu. Sie führen zu einer Priorisierung von Projekten und Vorhaben und festigen „Kategorien“ (nach Nationalität, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit), die Rassismus in der Gesellschaft fördern. Zudem führt das zu Ungleichbehandlung von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Nicht alle Daten, die Integrationsprozesse stützen und begründen könnten, stehen bisher zur Verfügung. Manche Daten werden bisher gar nicht erhoben, andere bilden nicht die jeweils aktuelle Situation ab oder sind genügend ausdifferenziert.

Es gibt weder auf Bundes- noch auf Kommunalebene ein einheitliches Verständnis dafür, was mit Integration gemeint ist. Gerade am Beispiel der Fluchtbewegung aus der Ukraine, bei der noch nicht abzusehen ist, ob überhaupt und wie lange Ukrainerinnen und Ukrainer hier bleiben wollen oder werden, muss die Ausdeutung des Begriffs Integration neu überdacht werden. Im soziologischen Sinne bedeutet Integration einen dynamischen, langen andauernden und sehr differenzierten Prozess des Zusammenfügens und Zusammenwachsens zu einer Wertegemeinsamkeit mit einem Einbezug von Gruppierungen, die andere Wertehaltungen vertreten. Das setzt einerseits sowohl eine Willenserklärung und ein Engagement von der aufnehmenden Gesellschaft als auch von zuwandernden Menschen voraus. Andererseits ist auch die Politik gefordert, Ungleichbehandlungen aktiv entgegen zu wirken, indem sie allgemeingültige und nicht nur (wie aktuell besonders auffällig!) auf einzelne Merkmale von verschiedenen Menschen und Gruppen ausgerichtete Kriterien definiert, die darüber entscheiden, ob überhaupt und welche Maßnahmen zur Förderung des Integrationsprozesses zugänglich sind.

Die Bereitschaft zur interkulturellen Öffnung ist weder in der Gesellschaft noch in Organisationen und Institutionen überall in ausreichendem Maße vorhanden. Eine zunehmende Diversität bedingt Veränderungen in allen Lebensbereichen. Dazu gehört die Sensibilität, unterschiedliche Bedarfe wahrzunehmen und die Bereitschaft, bedarfsgerechte Zugänge zu schaffen bzw. Raum für Unterschiedlichkeit zu geben bzw. zu lassen. Damit das im Landkreis Lüneburg gelingt, sind alle Akteure aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wohlfahrt und die Zivilgesellschaft dazu aufgerufen, Strukturen zu schaffen, die es jedem Menschen ermöglichen, ein wertvoller Teil der Gesellschaft zu sein. In Bezug auf Institutionen und Organisationen ist dieser auf die Teilhabemöglichkeiten von Migrant*innen ausgerichtete Prozess der interkulturellen Öffnung erst in Ansätzen erkennbar.

Die Wirkräume, Gestaltungsspielräume und Ressourcen des Landkreises Lüneburg sind begrenzt. Die finanziellen und personellen Ressourcen des Landkreises Lüneburg sind krisenbedingt sehr eingeschränkt. Das wirkt sich sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in personeller Hinsicht auf die Umsetzung von (geplanten) Maßnahmen und damit auf das Erreichen der hier aufgeführten Ziele aus, die der Landkreis / die Kreisverwaltung anstreben:

- Transparenz schaffen über Akteurslandschaft und Angebote
- Bedarfe erheben, analysieren, bewerten Stellungnahmen / Empfehlungen geben
- beraten und vermitteln - Serviceleistung
- Interkulturelle Sensibilisierung / Öffentlichkeitsarbeit
- vernetzen und Netzwerke initiieren und begleiten
- informieren und moderieren nach Innen und nach Außen, z.B. (Fach-)Öffentlichkeit
- Prozesse initiieren und begleiten, z.B. Interkulturelle Öffnung
- koordinierende Aufgaben bei Projekten und Prozessen übernehmen
- kommunale Partnerschaft/Unterstützung und Begleitung
- Empowerment
- Vorbild sein

Handlungsfelder

Das vorliegende Integrations- und Teilhabekonzept des Landkreises Lüneburg soll als ein flexibler Rahmen verstanden werden und dient der Orientierung sowohl nach innen, in die Kreisverwaltung und die politischen Gremien des Kreises hinein, als auch nach außen in die Wirkräume von Akteuren und Gesellschaft, die an Integration beteiligt sind. Aufgrund der unter Rahmenbedingungen aufgeführten Herausforderungen, zu denen insbesondere die Variablen in Bezug auf die nicht abschließend geklärte Frage, was unter Integration verstanden wird, veränderliche Migrationsströme sowohl in Bezug auf Menge als auch Herkunftsgebiete, politische Ausrichtung und Priorisierung von Themen in der kommunalen Politik, Bereitstellung von Ressourcen seitens des Bundes, des Landes und der Kommune sowie innen- wie außenpolitische Ziele auf Bundesebene gehören, kann keine Garantie für eine Verbindlichkeit übernommen werden.

Vielmehr bildet das Konzept im Sinne des englischen Begriffs „Concept“ eine Vorstellung und Haltung und sich daraus entwickelndes Verständnis für Handlungsfelder ab, die lokal gestaltet werden können. Diese werden situativ mit Teilzielen hinterlegt, die auf aktuelle Gegebenheiten und Bedarfe abgestimmt sind.

Diese Teilziele werden unter Berücksichtigung von SMART-Kriterien (spezifisch - messbar - attraktiv - realistisch - terminiert) in eine Maßnahmeplanung übersetzt, die zeitlich überschaubar und realistisch in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen ist und die sich ggfs. ohne große Umstände neuen Gegebenheiten anpassen lässt.

Handlungsfelder*

- I. Partizipation durch Bildung, Sprache und Beruf**
- II. Ehrenamtliches und zivilgesellschaftliches Engagement**
- III. Interkulturelle Öffnung**
- IV. Gleichstellung der Geschlechter und Diversitätsbewusstsein als Querschnittsaufgabe**

* Die Handlungsfelder (I-IV) werden durch Angabe der römische Ziffer in der Klammer ausgewiesen.

Ziele

Ziele in allen Handlungsfeldern	Maßnahmen
Transparenz schaffen	Bestandsaufnahmen Bedarfs- und Situationsanalysen Stellungnahmen und Empfehlungen
(Neue) Strukturen schaffen oder bestehende optimieren, um durch strukturelle Veränderungen Inklusion, Zugang, Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu verbessern	Prozesse initiieren, entwickeln und begleiten Daten und Fakten zur Verfügung stellen Fördermittel einwerben
Empowerment und Teilhabe fördern um Synergien und Identifikation entstehen zu lassen	Koordination von Kooperationsvorhaben, Moderation von Projekten und Netzwerken Beratungen, Workshops und Austauschformate für/mit Migrantenselbstorganisationen Einbeziehung von Migranten in Entscheidungen, die ihre Lebensbereiche betreffen Praktika in der eigenen Verwaltung ermöglichen oder in andere Institutionen vermitteln als Kooperationspartner zur Verfügung stehen
Interkulturelle Öffnung vorantreiben Öffentlichkeitsarbeit gestalten	Veranstaltungen: Vorträge/Seminare facilitieren Gestaltung der verwaltungseigenen Website Herausgabe von mehrsprachigem Informationsmaterial Praktika für Migranten in der Verwaltung betreuen
Vernetzen und Netzwerke initiieren und begleiten	Anregung / Impulse liefern Kontakte herstellen Veranstaltungen /Austausch moderieren Überregionale Anbindung sichern Netzwerktreffen facilitieren
Wirkungen evaluieren	Daten und Bewertungen erheben und auswerten Ergebnisse präsentieren Ziele anpassen

1. Ziel Transparenz schaffen

Mittels Bestandsaufnahmen, Bedarfs- und Situationsanalysen sowie Stellungnahmen und Empfehlungen zu Themen und Fragestellungen, die Integration betreffen oder berühren, trägt der Landkreis Lüneburg zur Weiterentwicklung der Region bei.

1.1 Bestandsaufnahmen

Ein eigenes Sozialraummonitoring gibt es im Landkreis Lüneburg noch nicht. Zwar ist es möglich, Daten auch aus anderen Statistiken abzurufen, diese bilden allerdings oft nicht die Informationen ab, die zur Begründung einzelner Integrationsmaßnahmen nötig wären. Zudem sind die Daten häufig nicht aktuell genug.

Für den Bereich Integration erhebt der Landkreis Lüneburg Daten bisher nur zweck- oder anlassgebunden. Dabei geht es nicht darum, eine reine Datensammlung zur „bebilderten Nachberichterstattung“ zu erstellen. Die abgerufenen Daten werden benötigt, um Bedarfe zu erkennen oder Bedarfsanzeigen zu verifizieren sowie um Maßnahmen zu evaluieren.

Wenn statistische Quellen herangezogen werden, müssen sie die aktuelle Situation abbilden.

Neben Zahlen werden auch Fakten zusammengestellt, um Situationen abzubilden und Bedarfe sichtbar zu machen.

Daten und Fakten werden aufbereitet, um sie anderen Akteuren zur Verfügung zu stellen.

Aktuelle Teilziele

1.1 Derzeit bemüht sich der Landkreis um die Etablierung eines Bildungsmonitorings. Dieses soll aussagekräftige Indikatoren für den Bereich der Integration enthalten.

Maßnahmen in 2022/2023

Aufbau eines Bildungsmonitorings mit der Möglichkeit, integrationsrelevante Daten zu erheben. (I, IV)

Politische Gremien von der Notwendigkeit überzeugen, dass ein datenbasiertes Integrationsmonitoring im Rahmen eines Bildungsmonitorings einen positiven Effekt auf die Gestaltung des Landkreises Lüneburg als inklusiver Lebens- und Lernraum hat.

Beantragung der Teilnahme an Projektförderung unterstützen

Geeignete Datenquellen identifizieren

Unter Einbeziehung der Akteure, die an Integration beteiligt sind, Schnittstellen zwischen Integrationsmonitoring und Bildungsmonitoring identifizieren

Fragestellungen und Erhebungskriterien erarbeiten

1.2 Situative und anlassbezogene Abfrage von Daten und Fakten fortsetzen

Maßnahmen

Regelmäßige Abfrage migrationsbezogener Daten von der Ausländerbehörde (mind. 1x/Jahr) (I, II, IV)

(Anzahl der Ausländer, Einbürgerungen, nach Zugehörigkeit:
Alter/Geschlecht/Nationalität)

Aufbereitung der Daten für den Gemeinsamen Integrationsbeirat von Hansestadt und Landkreis Lüneburg

Bekanntgabe der Daten an weitere Integrationsakteure zur Unterstützung der Beteiligung an Projektausschreibungen (jährlich im März und auf Anfrage)

Eigene Nutzung der Daten für zielgruppenorientierte Maßnahme- und Veranstaltungsplanung

Jährliche Auswertung der über Schüler Online generierten Daten zum Schulabschluss und Fortsetzung des beruflichen Bildungswegs (I, IV)

Aufarbeitung der Daten und gesonderte Darstellung der Daten, die Migrant:innen betreffen

Bekanntgabe im Schulausschuss

Entwicklung weiterer Maßnahmen (Fördermaßnahmen, Beteiligungsformate für Eltern, zusätzliche Betreuungsangebote, Informationsangebote)

Anlassbezogene Datenabfragen (I, II, III, IV)

Aktuelle Beispiele (2022/2023)

- Aktuelle Zuwanderung von Menschen aus der Ukraine und Afghanistan (IV)
- Anzahl Einbürgerungen (IV)
- Verfügbarkeit von Sprachkurse/Integrationskursen (I, IV)
- Informationsbedarfe der Institutionen (II, III)

1.3 Stellungnahmen und Empfehlungen (I, II, III; IV)

Die Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe (KMUT) erstellt regelmäßig Stellungnahmen im Bereich Integration auf Anforderung seitens der Verwaltung des Landkreises Lüneburg, für die politischen Gremien im Landkreis Lüneburg und für Ministerien sowie für den Niedersächsischen Städtetag und den Niedersächsischen Landkreistag.

Durch die Positionierung des Landkreises Lüneburg im Rahmen von Stellungnahmen und Empfehlungen beteiligt sich der Landkreis an Entscheidungsprozessen auf unterschiedlichen politischen Ebenen.

Maßnahmen

Sollten durch im Landkreis Lüneburg erhobene Daten oder Fakten besondere Bedarfe erkennbar werden, die ein Überdenken von staatlich organisierten Handlungsmöglichkeiten erforderlich erscheinen lassen, wird das Thema zunächst über die Kommunale Migrationsarbeit Niedersachsen (KMN) mit den benachbarten Kommunen erörtert, um in Erfahrung zu bringen, ob ähnliche Beobachtungen auch dort gemacht werden. Falls geboten, adressiert die KMUT Vorschläge im Rahmen von Empfehlungsschreiben an die Institutionen bzw. an die Ministerien, die thematisch betroffen sind.

2. Ziel Strukturen schaffen oder bestehende optimieren, um durch strukturelle Veränderungen Inklusion, Zugang, Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu verbessern

Die Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe unterstützt und berät vor allem Institutionen, Vereine, Migrantenselbstorganisationen, Verwaltungen, Ämter und Organisationen.

Dabei geht es um Beratung in Bezug auf Bedarfe, Prozesse, Strukturaufbau, Projektkonzeptionen, Veranstaltungsformate, Öffentlichkeitsarbeit, interkulturelle Herausforderungen und Fördermöglichkeiten.

Maßnahmen

Insbesondere bei neuen Gegebenheiten, die neue Strukturen oder eine Anpassung bereits bestehender Strukturen erforderlich machen, unterstützt die Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe die Analyse von Bedarfen und initiiert Prozesse falls geboten. Dazu gehört die Mitwirkung an der Konzeptentwicklung für neue Strukturen und die Begleitung der Umsetzung sowie die Weitervermittlung an Kompetenzzentren oder mit der jeweiligen Fragestellung vertrauten und erfahrenen Organisation, die Kontaktvermittlung zwischen Einrichtungen und die Unterstützung bei der Fördermittelakquise.

Aktuelle Beispiele (2022/2023)

- Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsberatungsstelle in ein Kompetenzzentrum Nord-Ost-Niedersachsen (II, IV)
- Etablierung einer neuen Landesarbeitsgruppe Antidiskriminierung im Niedersächsischen Landespräventionsrat (II, IV)
- Strukturelle Weiterentwicklung des Lüneburger Bündnisses Blickpunkt Bildung (I, III, IV)
- Aufbau von stabilen und langfristigen Kooperationen zwischen dem Landkreis Lüneburg und weiteren Akteuren im Bereich Prävention und politische Bildung (I, II, III, IV)
- Begleitung eines Gründungsvorhabens für einen yesidischen Verein (II, IV)
- Mitwirkung am Aufbau eines neuen Internetauftritts der Kreisverwaltung (III, IV)

3. Ziel Empowerment und Teilhabe fördern

Der Landkreis Lüneburg unterstützt das Empowerment und die (politische) Teilhabe von Migrantinnen und Migranten.

Maßnahmen

Förderung der (politischen) Mitbestimmung im Gemeinsamen Integrationsbeirat von Hansestadt und Landkreis Lüneburg und im Niedersächsischen Integrationsbeirat (NIR)

Beratung, Kontaktvermittlung von Migrant:innen zum ehrenamtlichen Engagement und zu Möglichkeiten der politische Teilhabe (II, III, IV)

Regelmäßige Mitteilung über politische Bildungsveranstaltungen, die sich speziell an Migrant:innen richten (Multiplikator-Funktion) (I, II, III, IV)

Ermöglichung von Praktika im Bildungs- und Integrationsbüro (I, III, IV)

Gründungs- und Förderberatung für Migrantenselbstorganisationen (II)

Einbeziehung von Migrant:innen bei der Erstellung von Informationsmaterialien (I, III, IV)

Kooperation mit Migranteninitiativen bei Veranstaltungen (II, III, IV)

Aktuelle Beispiele (2022/2023)

- Veranstaltung eines Empowerment-Workshops für die migrantischen Mitglieder des Integrationsbeirates von Hansestadt und Landkreis Lüneburg zur Förderung politischer Teilhabe und zum Verständnis politischer Strukturen und Abläufe zu Beginn einer jeden Wahlperiode (I, II, IV)
- Ermöglichung und Begleitung eines studienbegleitenden Jahrespraktikums (I, IV)
- Kooperationsveranstaltungen mit dem Al Rahma Moscheeverein e.V. und dem MigrantElternNetzwerk Lüneburg (MEN Lüneburg) (Impfkampagne) (III)
- Kooperationsveranstaltungen mit dem MEN Lüneburg zu den Themen Schule und Ausbildung (I)
- Bekanntmachung von Wahlprüfsteinen (NIR) und Fragen an die lokale Politik von im Landkreis Lüneburg lebenden Migrant:innen (III, IV)
- Gründungsberatung für einen yesidischen Verein (II)
- Gruppenberatung für afghanische Ortskräfte und ihre Familien zu den Themen Bildung und Arbeit (I)
- Informationsveranstaltung für Geflüchtete aus der Ukraine (I)

4. Ziel Interkulturelle Sensibilisierung / Öffentlichkeitsarbeit

Der Landkreis Lüneburg ist auch zukünftig bestrebt, die interkulturelle Öffnung voranzutreiben und Diversität Wertschätzung entgegen zu bringen.

Maßnahmen

Durch geeignete Formate werden unterschiedliche Zielgruppen für interkulturelle Unterschiede sensibilisiert. Sowohl Einzelgespräche als auch Workshops, Vorträge, Seminare oder Handreichungen und Broschüren kommen dabei zum Einsatz.

Publikationen, die sich insbesondere an migrantische Mitbürger:innen richten, werden unter Einbeziehung von Migrant:innen erarbeitet und mehrsprachig herausgegeben. Das Layout wird dabei so gestaltet, dass die Informationen parallel gelesen werden können, sodass deutsch- und fremdsprachige Haupt- und Ehrenamtliche sie für Begleitung und Beratung nutzen können. Einladungen und Flyer werden grundsätzlich zielgruppenorientiert in die erforderlichen Sprachenübersetzt.

Aktuelle Beispiele (2022/2023):

- Schulnewsletter mit Schwerpunkt Informationen über alle, ukrainische Schüler:innen betreffende Themen (I, III, IV)
- Herausgabe und Übersetzung der Broschüre zum Schulwechsel von der Grundschule in die SEK 1 (I, III, IV)
- Interkulturelles Seminar für medizinisches Personal in der Psychiatrischen Klinik Lüneburg in Kooperation mit der Volkshochschule (III, IV)
- inhaltliche Ausgestaltung und Organisation des Rahmenprogramms für Schulsozialarbeiter:innen und dem MigrantenElternNetzwerk Lüneburg zum Thema „Umgang mit antimuslimischem Rassismus“ in Kooperation mit dem Kriminalpräventionsrat, den AWO-Respect-Coaches, dem Museum Lüneburg, der Polizei Lüneburg, der VHS Lüneburg anlässlich der Ausstellung „Was' los, Deutschland?!-Ein Parcours durch die Islamdebatte“ (I, II, III, IV)
- Verleihung des Integrationspreises (II, III, IV)
- Ausrichtung einer vierteiligen, mehrsprachigen Veranstaltungsreihe zu den Themen „Faire Arbeit“, „Mieten und Wohnen“, „Schule in Deutschland“, „Umschulung, Aus- und Weiterbildung“ mit relevanten Akteuren für Zugewanderte (I, III, IV)
- Ausrichtung des 2. Inklusiven Solidaritätslaufs „Meter für Meter gegen Diskriminierung für eine inklusive, demokratische Gesellschaft“ in einer Kooperationsgemeinschaft mit dem Kreissportbund, dem Verein diversu e.V. und weiteren Akteuren (II, III, IV)

5. Ziel **Vernetzen und Netzwerke initiieren und begleiten**

Netzwerkarbeit soll auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen.

Durch den Aufbau neuer Netzwerke und durch die Pflege bestehender Netzwerke lassen sich Synergieeffekte generieren und nutzen. Vorteile entstehen für alle Beteiligten durch den Gewinn an Vertrauen, das Teilen von Ressourcen, die gemeinsame Beantragung von Fördergeldern und die Möglichkeit, gegenseitig als Multiplikatoren zu agieren um damit einen größeren Personenkreis zu erreichen, es lassen sich durch die Bündelung und Bereitstellung von Wissen und Kompetenz im Netzwerk Kosten sparen.

Maßnahmen

Ausbau des Antidiskriminierungsberatungsnetzwerks innerhalb des Landkreises Lüneburg, landkreisübergreifend, auf Landes- und Bundesebene

Ausbau des Netzwerks Blickpunkt Bildung

Mitgestaltung im Netzwerk Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe Nord (KMUT Nord)

Mitwirkung in den Arbeitsgruppen/Netzwerken des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) über den Gemeinsamen Integrationsbeirat von Hansestadt und Landkreis Lüneburg

Mitgestaltung von Angeboten zur politischen Bildung der Kooperationsinitiative mit den Partnern Kriminalpräventionsrat, AWO, VHS, Museum Lüneburg, Polizei Lüneburg und weiteren, wechselnden Partnern

Facilitierung des Gemeinsamen Integrationsbeirates von Hansestadt und Landkreis Lüneburg

Aktuelle Beispiele (2022/2023)

- Gestaltung von zwei Fortbildungen/Jahr zu unterschiedlichen Themen im Rahmen des AD-Netzwerks zu den Themen „Digitale Barrierefreiheit“, „AGG in der Praxis“ (II, III, IV)
- Mitwirkung an der konzeptionellen Ausgestaltung von Thementagen des Niedersächsischen Landespräventionsrates, hier: „Diversität (er)leben“ (III, IV)
- Neuausrichtung des Bündnisses Blickpunkt Bildung zur Wissensplattform (I, III, IV)
- regelmäßige Runden (etwa alle 2 Monate) zum Austausch und zur kollegialen Beratung im Netzwerk KMUT Nord. Abstimmung von Stellungnahmen und Empfehlungen (I, II, III, IV)
- Mitwirkung an der Konzeption von Fachtagen zum Thema „Rassismus“ der AG Rassismus des NIR (III, IV)
- Mitgestaltung der Veranstaltungsreihe in den „Wochen gegen Rassismus“ (I, III, IV)
- Konzeption und Ausrichtung von Ausstellungen, hier: „Was' los, Deutschland?! - Ein Parcours durch die Islamdebatte“ (I, IV)
- Organisation von ein- bis zwei Plenarsitzungen des KMN in Lüneburg (IV)

6. Ziel Wirkungen evaluieren und Ziele und Vorgehensweise aktualisieren

Der Landkreis Lüneburg verwendet SMART- Indikatoren für die Evaluation. Diese werden anlassbezogen priorisiert. Folgende Indikatoren werden genutzt.

Visibilität der Informations- und Beratungsangebote

Wahrnehmungsfrequenz

Aktualität der Kommunikationsplattformen– und formate

Bekanntheitsgrad, Akzeptanz, Zusteuerung und Nutzung der Plattformen in der Akteurslandschaft und in der Zivilgesellschaft

Anzahl Veranstaltungen

Anzahl der Teilnehmenden

Zusammensetzung der Zielgruppen nach Diversitätsmerkmalen

Genderparität von Zielgruppen

Zielerreichung bei der Zusammensetzung der Zielgruppen

Kundenzufriedenheit

Evaluierungsergebnisse von Veranstaltungen/Projekten

individuelle Rückmeldungen

Umfragen

Qualität und Quantität der Beteiligung, Motivation, Vielfalt und Stellung von Akteuren in Netzwerken

Höhe und Häufigkeit von bewilligten Anträgen bei eingeworbenen Fördermitteln, Spenden, Sponsorships

Kompetenzgewinn (Empowerment)

Berichterstattung in den Medien

Anzahl und Umfang der Berichte

Anzahl der erreichten Zielgruppen

Maßnahmen:

Auswahl und Priorisierung der Indikatoren für jedes Vorhaben

Definition von Erfolg

Berichterstattung in den Gremien und gegenüber den Mittelgebern

Reflexion mit Kooperationspartnern

Falls geboten: Verschriftlichung der „lessons learned“